

Sprache in Zeiten des Populismus

Ob Brexit, Trumps Wahl oder andere Erfolge von Politikern, die sich aufs Volk berufen und simple Töne anschlagen: Die Erklärung, hier walte Populismus, ist rasch zur Hand. Was aber ist Populismus? Er ist laut dem Duden «opportunistische Politik, die die Gunst der Massen zu gewinnen sucht», und das Duden-Universalwörterbuch fügt bei, er sei «volksnah, oft demagogisch», und greife zur «Dramatisierung der politischen Lage». Der Opportunismus wiederum wird als «prinzipienloses Anpassen an die jeweilige Lage» erklärt.

Ist Populismus also eine reine Technik zum Machtgewinn, ohne eigenes Programm? So meint man es wohl, wenn man feststellt, es gebe sowohl Rechts- als auch Linkspopulismus. «Das einfache Volk wird gegen «die da oben» in Stellung gebracht, und zwar von links wie rechts gleichermaßen», schreibt «Welt»-Chefredaktor Ulf Poschardt. Man könnte meinen, er habe auch das jüngste Schweizer Abstimmungsbüchlein gelesen: «Ein paar Konzerne machen mit diesen Steuertricks Milliarden. Aber die Rechnung bezahlen wir alle.» Mit diesen Tönen hatte das Referendumskomitee Erfolg, auch wenn sonst weltweit derzeit eher Rechtspopulismus Auftrieb hat. «Dass (sic!) Schlimme am Populismus ist nicht sein Hang zum Vereinfachen, (...) sondern die mangelnde Befähigung, die eigene Position zu relativieren», meint Poschardt.

Während die «Machttechnik» des Terrorismus im Namen beliebiger Prinzipien wütet, ist der Populismus nicht gänzlich prinzipienlos: Er muss schon etwas mit dem Volk zu tun haben. Seinen politischen Einstand gab er im späten 19. Jahrhundert in den USA mit der People's Party, die im Namen des einfachen (ländlichen) Volks gegen Grossparteien sowie Grosskapital antrat und die Bezeichnung «populist» auch selber verwendete. Es ging also damals im Schmelztiegel Amerika um die soziale Schichtung, nicht um eine mit der Herkunft verbundene Zugehörigkeit zum Volk.

Das ist beim Rechtspopulismus anders: In den USA ist unverkennbar, dass Trump vor allem an Weisse appelliert, die ihren Besitzanspruch aufs Land durch Mexikaner, Muslime und andere Eindringlinge bedroht sehen. Auch in Europa geben sich Leute wie Le Pen, Farage, Wilders, Petry, Orban oder Kaczynski als Verteidiger der Alteingesessenen in ihren Ländern. Zum Volk, in dessen Namen sie auftreten wollen, gehört man durch Herkunft oder allenfalls durch vollständige Assimilation.

Über die Sprache solcher Populisten schreibt der österreichische Philosoph Paul Sailer-Wlasits in «The European»: «Die durch Totalitarismen des Zwanzigsten Jahrhunderts beschädigten Sprachkerne bleiben aktiv. (...) Restbestände von ethnisch herabwürdigendem Vokabular (...) leben wieder auf. Die populistische Unsprache erscheint für viele verlockend, da sie der Reduktion huldigt und die Komplexität der Welt so lange reduziert, bis einfachste Brachiallösungen plausibel erscheinen. Nur solange die Simplifikation erklärenden Charakter besitzt, ist sie politisch zu rechtfertigen. Sobald jedoch die Vernunft zum Knecht der Gefühle wird, findet die Hassrede ihren fruchtbaren Boden.»

Die Abgrenzung zwischen «uns» und den andern ist der Kern solcher Politik von «identitären» Bewegungen. Sie ist nicht zu verwechseln mit «Identitätspolitik». Diese kommt von der liberalen Seite der USA und meint gerade das Miteinander, ohne dass Identitäten verdrängt werden müssen, die von der Mehrheit abweichen. Es handelt sich dabei meistens um die Herkunft oder die sexuelle Orientierung. Den US-Demokraten wurde nach Trumps Sieg vorgeworfen, auch aus den eigenen Reihen, sich zu stark um die Anerkennung solcher Identitäten gekümmert zu haben statt «ums Volk». Dies darf aber nicht als Gegensatz gesehen werden: Es geht ja gerade darum, dass alle zum Volk gehören, sich von ihm aber auch nicht absondern sollen.